

# Familie und Inklusion

Dokumentation der Netzwerkversammlung  
des Bundesforums Familie am 7. Juni 2013



# Familie und Inklusion

## Dokumentation der Netzwerkversammlung des Bundesforums Familie am 7. Juni 2013

Mit über 50 Teilnehmer/innen fand am 7. Juni 2013 im Centre Monbijou in Berlin die erste Netzwerkversammlung des Bundesforums Familie nach der Neustrukturierung unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. (AGF) statt. Auf dem Programm standen neben einer Entscheidung bezüglich des zukünftigen Beirats vor allem erste inhaltliche Überlegungen zum neuen Thema „Familie und Inklusion“, das bis einschließlich 2015 behandelt werden soll.

### Ablauf

- 09.45 **Begrüßung & Einleitung**  
Sven Iversen, Geschäftsführer AGF e.V.  
Angela Rother-El-Lakkis, stellv. Vorsitzende AGF e.V., Vorsitzende Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf) e.V.  
Dr. Laura Block, Projektkoordinatorin Bundesforum Familie
- 10.00 **Entscheidung über Vorschläge zur Besetzung des Beirats**
- 10.45 **„Endlich Inklusion! Chancen und Risiken, Hoffnungen und Ängste“**  
Vortrag von Prof. Dr. Heiner Keupp
- 11.30 **World-Café zur Herausbildung von Themenschwerpunkten zu „Familie und Inklusion“**  
Einführung, Phasen 1 und 2
- 12.45 **Mittagspause**
- 13.30 **Fortsetzung und Intensivierung der Schwerpunktsetzung im World-Café**  
Phase 3
- 14.15 **Gemeinsames Reflektieren der Ergebnisse**
- 15.00 **Ausklang** bei Kaffee & Kuchen

## Beirat

Im Vorfeld der Netzwerkwerkversammlung hatte es einige Vorschläge für den Beirat gegeben, von denen nach einer kurzen Vorstellungsrunde in einer Abstimmung fünf Personen die meisten Stimmen auf sich vereinen konnten:

- Ines Albrecht-Engel (Gesellschaft für Geburtsvorbereitung),
- Kerstin Blochberger (Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern),
- Magda Göller (Pestalozzi-Fröbel-Verband),
- Jeanette Klauza (DGB Bundesvorstand) und
- Christiane Reckmann (AWO Bundesverband).

Gemeinsam mit Prof. Dr. Can Aybek (Universität Luxemburg), Dr. Karin Jurczyk (Deutsches Jugendinstitut), Sybille Laurischk (Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag), Petra Mackroth (BMFSFJ) und Nora Schmidt (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge), die von der AGF frei berufen werden, werden sie die nächsten vier Jahre das Bundesforum Familie als Beirat begleiten.

## Thematischer Auftakt zum Thema „Familie und Inklusion“

„Inklusion“, verstanden als die Wertschätzung der Verschiedenheit der Familien und Menschen hat das Ziel, jedem Einzelnen die uneingeschränkte Teilhabe in allen Bereichen dieser Gesellschaft zu ermöglichen. Da Inklusion grundsätzlich alle gesellschaftlichen Bereiche und politischen Ebenen betrifft, sind Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft weiter gefordert, sich auf Familien in all ihrer Verschiedenheit einzustellen. Das Bundesforum Familie, als Netzwerk aus Akteuren, Organisationen und Initiativen mit bundesweiter Ausstrahlung, die sich kontinuierlich mit Familienfragen beschäftigen, ist daher prädestiniert für die Erarbeitung des Themas.

Ein Vortrag von Prof. Heiner Keupp leitete die Fragestellung ein, anschließend berieten sich die Teilnehmer/innen intensiv in einem World-Café über den Themenkomplex.



Am 7. Juni 2013 trafen sich über 50 Teilnehmer/innen zur ersten Netzwerkversammlung des Bundesforums Familie nach der Neustrukturierung unter dem Dach der AGF. Auf dem Programm standen die Wahl des Beirats und das Thema „Familie und Inklusion“.

## Prof. Dr. Heiner Keupp: „Endlich Inklusion! Chancen und Risiken, Hoffnungen und Ängste“

In seinem knapp 40-minütigen Vortrag reflektierte Prof. Dr. Heiner Keupp über die Konzepte Inklusion und Exklusion. Er plädierte in der Inklusionsdebatte für eine Perspektive der Gesundheitsförderung im Sinne der Befähigungsgerechtigkeit für alle und zeigte anschlussfähige Konzepte aus der Medizinsoziologie sowie den Sozialwissenschaften auf. Er warb dabei eindringlich für die „Große Lösung“.

### Der Inklusionsbegriff

Prof. Keupp machte zunächst deutlich: „Der Inklusionsbegriff ist längst nicht so klar, wie er gehandelt wird“. Man müsse sich klar machen, dass obwohl Inklusion als Recht an Zugangschancen oft wie ein Freiheitsversprechen verstanden werde, es letztlich auch den Verlust von Schutzräumen bedeute. An dessen Stelle trete die Teilhabe an einer globalisierten, kapitalistischen Gesellschaft, in der „gnadenlose Konkurrenz um Geld, Macht und Status“ herrsche. Inklusion in der kapitalistischen Leistungsgesellschaft bedeute auch, dass „diversity“, also Vielfalt, vor allem dort interessant sei, wo sie Profite bedeute. Ebenso unterstrich Prof. Keupp: „Wer von Inklusion reden will, darf von Exklusion nicht schweigen.“ Ein „Exklusionsempfinden“, also ein Gefühl, marginalisiert zu sein, von Verwirklichungschancen und dem Alltag von Arbeit, Politik, Konsum und Zivilgesellschaft ausgeschlossen zu sein, breite sich bei einer wachsenden Zahl von Menschen aus.

### Inklusion im 13. Kinder- und Jugendbericht

Da Untersuchungen ergeben hatten, dass „Gesundheits- und Bildungschancen für Heranwachsende sozial-strukturell höchst unterschiedlich verteilt“ seien, rückte er gemeinsam mit anderen Forschern im 13. Kinder- und Jugendbericht das Konzept der „Befähigungsgerechtigkeit“ in den Vordergrund. Sie definierten Gesundheit als „Fähigkeit zur Selbstsorge“ und gingen der Frage nach, wie möglichst gerechte Zugangschancen für alle Kinder und Jugendliche zu dieser Fähigkeit zur Selbstsorge sichergestellt werden können. Dieses Inklusionsziel werde auch sowohl von der UN-Kinderrechtskonvention als auch von der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gedeckt. Vor allem Heranwachsende, die in Armut, mit Migrationshintergrund oder behinderungsbedingten Einschränkungen lebten, seien gefährdet, mit hohem „Exklusionsempfinden“ und ohne Verwirklichungschancen für eine gesellschaftliche Teilhabe aufzuwachsen. Diese Schere zwischen Jugendlichen mit und ohne Teilhabechancen sei demnach ein fundamentales Gerechtigkeitsproblem, welches es zu lösen gelte: „Das zentrale Gerechtigkeitsdefizit besteht in der unzureichenden Befähigung dieser Gruppen zur selbstbestimmten Lebensgestaltung.“ Dieses Gerechtigkeitsdefizit herrsche in Deutschland vor, obwohl es eigentlich „eine Reihe effektiver Bildungs- und Unterstützungssysteme für Heranwach-



Professor Dr. Heiner Keupp, Sozialpsychologe und emeritierter Professor der Ludwig-Maximilians-Universität München, referierte zum Thema Inklusion.



sende in prekären Lebenslagen“ gebe. Diese seien jedoch zu wenig miteinander vernetzt und kooperierten zu wenig miteinander. Eine Kooperation sei auch deshalb schwierig, da die versäulten Systeme unterschiedlichen Handlungslogiken folgten, unterschiedlichen institutionellen Mustern unterlägen und aus unterschiedlichen Töpfen finanziert würden. Dennoch unterstrich Prof. Keupp die Aussage des 13. Kinder- und Jugendberichts nach der absoluten Notwendigkeit einer verbindlichen Kooperationsstrategie, die sinnvolle Allianzen von Schule, Gesundheitssystem, Kinder- und Jugendhilfe sowie Eingliederungshilfe forcieren müsse.

## Anschlussfähige Konzepte für eine Theorie der Inklusion als Gesundheitsförderung

Die „Ottawa Charta zur Gesundheitsförderung“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiere Gesundheit als Prozess, der alltäglich geschaffen und gelebt werde, so Keupp. Gesundheit entstehe demnach durch die Sorge für sich und andere, durch die Fähigkeit, Entscheidungen zu fällen und die eigenen Lebensumstände zu kontrollieren, sowie durch Gesellschaftsbedingungen, die allen Bürgern Gesundheit ermöglichen. Davon ausgehend fasste Keupp das Ziel von Gesundheitsförderung als die Befähigung zu einer selbstbestimmten Lebensweise zusammen. Der erste Theoriebaustein diesbezüglich komme aus der Gesundheitswissenschaft: Der von Medizinsoziologe Aaron Antonovsky entwickelte Ansatz der „Salutogenese“ (Gesundheitsentstehung) verstehe Gesundheit als Prozess, und nicht als Zustand. Als zentralen Baustein für die Entstehung von Gesundheit gebe es im Salutogenese-Modell den Kohärenzsinn. Dieses Kohärenzgefühl sei eine geistige Haltung die sich aus drei Elementen des Vertrauens in die eigene Sinnstiftung zusammensetzt: Vertrauen in die Verstehbarkeit der Welt, die Sicherheit der Handhabbarkeit des eigenen Lebens und die Gewissheit, dass persönliche Anstrengungen und Engagement sinnvolle Ziele erfüllen (Bedeutsamkeit).

Wenn Individuen auf diesen drei Ebenen Vertrauen hätten und somit Zusammenhang und Sinn ihres Lebens erkennen würden und sich nicht einem unbeeinflussbaren Schicksal unterworfen fühlten, erhöhe sich ihr Kohärenz-



Die neue Projektkoordinatorin des Bundesforums Familie, Dr. Laura Block, stellt Prof. Dr. Heiner Keupp vor. Prof. Keupp war Vorsitzender der Berichtskommission für den 13. Kinder- und Jugendbericht der Deutschen Bundesregierung, der 2010 in den Bundestag eingebracht wurde.

sinn und laut Antonovsky damit auch ihre Gesundheit. Einen weiteren wichtigen Theoriebaustein für eine Auseinandersetzung mit Inklusion als Gesundheitsförderung verortete Keupp im Befähigungs-(Capability)-Ansatz, wie er von Amartya Sen und Martha Nussbaum entwickelt wurde. Hier stünden die Verwirklichungschancen („capabilities“) im Vordergrund, d.h. die Möglichkeit von Individuen, „bestimmte Dinge zu tun und über die Freiheit zu verfügen, ein von ihnen mit Gründen für erstrebenswert gehaltenes Leben zu führen“ (A. Sen).



Professor Heiner Keupp fasste das Themenfeld Inklusion anschaulich zusammen.

Die vollständige Präsentation liegt als pdf-download bereit unter: [http://www.bundesforum-familie.de/dokumente/2013/Keupp\\_BFF\\_2013.pdf](http://www.bundesforum-familie.de/dokumente/2013/Keupp_BFF_2013.pdf)

Schließlich bezog sich Keupp noch auf das Modell Positiver Jugendentwicklung von Richard M. Lerner. Die sechs Cs der positiven Jugendentwicklung, die es zu fördern gelte, seien demnach: Character (Charakter), Competence (Kompetenz), Caring (Fürsorge & Mitgefühl), Connection (Bindung), Confidence (Vertrauen) und Contribution (Beitrag).

## Die „Große Lösung“: Zuständigkeiten für alle Kinder und Jugendlichen in der Kinder- und Jugendhilfe

Aktuell sehe die Rechtslage vor, dass nur Heranwachsende mit (drohenden) seelischen Behinderungen von der Kinder- und Jugendhilfe betreut würden, wohingegen die Sozialhilfe für Heranwachsende mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen zuständig sei. Die konkreten Probleme, die mit diesen aufgeteilten (Un-)Zuständigkeiten einhergingen, seien vielfältig. Durch ihre unterschiedlichen Fachorientierungen, Mittelgeber und Hilfelogiken hätten sich Jugend- und Sozialhilfe als unabhängige Systeme etabliert, die teilweise darum wetteiferten, „nicht zuständig“ zu sein und sich die Fälle gegenseitig zuschoben. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten führten zudem zu einer starken Orientierung an Behinderungsformen statt an individuellen Ressourcen und zu Abgrenzungs- und Zuordnungsproblemen von (Mehrfach-) Behinderungen. Die im SGB IX festgeschriebenen

Mischfinanzierungen würden demnach kaum realisiert. Für die Betroffenen führe die Gesetzeslage zu oft zu „Verschiebebahnhöfen“ und „Schwarzen Löchern“ – und so trotz Rechtsanspruch oft zu keiner (passenden) oder nur zu späten Hilfe. Aus diesen Gründen plädierte Keupp abschließend eindringlich für die „Große Lösung“, also die Alleinzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder und Jugendliche (mit und ohne Behinderung). Nur bei diesem Lösungskonzept stünden die Lebenslagen der Heranwachsenden und die jeweils spezifischen Entwicklungs- und Förderbedarfe anstatt dem Paradigma der Behinderung im Vordergrund und trügen somit der Integration und der Inklusion Rechnung. Er skizzierte erste Schritte zur Umsetzung vor allem bezüglich der Ressourcen- und Personalverlagerung sowie der Qualifizierung der Fachkräfte innerhalb der Jugendhilfe und zeigte die Gesamthöhe des Umverteilungsvolumens auf.

Zusammenfassend verdeutlichte Keupp, dass die Realisierung der „Großen Lösung“ durchaus sehr viel Reformbereitschaft und -fähigkeit voraussetze und dieser Transformationsprozess sorgsam und unter Beteiligung aller Betroffenen eingeleitet und begleitet werden müsse. Es sei notwendig, die vorhandenen Ressourcen und Standards beizubehalten – was kurz- und mittelfristig eher mehr als weniger Belastung für die öffentliche Hand bedeute. Neben diesen institutionellen Veränderungen regte Keupp außerdem abschließend an, gemeinsam kritisch über die Bedingungen gelingenden Aufwachsens zu reflektieren, vor allem vor dem Hintergrund einer kapitalistischen Verwertungslogik, die Bildung zunehmend auf „employability“ reduziere. Was bräuchten Heranwachsende an Verwirklichungschancen für ein souveränes selbstbestimmtes Leben? Welche Rolle könne dabei die Kinder- und Jugendhilfe spielen? Könne ein neues Konzept wie die „Hilfen zur Entwicklung und Teilhabe“ für Synergien sorgen? Der Leistungstatbestand „Hilfen zur Entwicklung und Teilhabe“ sei von einer von der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) und der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) berufenen Arbeitsgruppe vorgeschlagen worden, um die momentan vorhandenen „Hilfen zur Erziehung“ zu erweitern. Anstatt nur Hilfen zu sein, die Kompetenzen erweiterten, sollten die Hilfen zur Entwicklung und Teilhabe Leistungen umfassen, die einzelfallbezogen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben förderten.

## Zusatzinformationen

Den Abschlussbericht „Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung“ der von ASMK und JFMK eingesetzten Arbeitsgruppe finden Sie unter: [http://jfmk.de/pub2013/TOP\\_5.5\\_Bericht\\_AG\\_zur\\_Inklusion\\_\(mit\\_Anlagen\).pdf](http://jfmk.de/pub2013/TOP_5.5_Bericht_AG_zur_Inklusion_(mit_Anlagen).pdf)

Die PDF der vollständigen Präsentation von Prof. Dr. Keupp finden Sie unter: [http://www.bundesforum-familie.de/dokumente/2013/Keupp\\_BFF\\_2013.pdf](http://www.bundesforum-familie.de/dokumente/2013/Keupp_BFF_2013.pdf)

## World-Café: Familie und Inklusion

In einem World-Café diskutierten die Teilnehmer/innen in drei Runden verschiedene Fragen zum Themenkomplex „Familie und Inklusion“. Auf Tischdecken notierten sie gemeinsam mit den „Gastgeber/innen“ die Diskussionspunkte. Anschließend wurden im Plenum alle Ergebnisse betrachtet und mit Klebepunkten die verschiedenen Aspekte gewichtet.

### 1. Runde: „Was bedeuten Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe für Familien?“

Die erste Frage diente der generellen Konzeptklärung sowie der Verknüpfung der beiden Themen Familie und Inklusion.

Zunächst sprachen sich die meisten Teilnehmer/innen für einen breiten Inklusionsbegriff aus: Die Bedürfnisse aller Menschen, nach denen sie „unterstützt und wertgeschätzt“ werden sollten, sollten bedacht werden. Insofern müsse Inklusion darauf abzielen, „alle einzubeziehen, die nicht einbezogen sind“. Es solle nicht nur um Kinder gehen, und auch nicht nur um Menschen mit Behinderung, sondern auch um die Inklusion von sozial Benachteiligten, Menschen mit Migrationshintergrund etc. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass auch diese Gruppen sehr heterogen seien und durchaus äußerst unterschiedliche individuelle Bedarfe vorhanden seien. Auch könne eine zu starke „symptombezogene“ Kategorisierung problematisch sein, man solle stattdessen Menschen „über den Förderbedarf“ definieren, um jedem Individuum ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde vor dem Widerspruch „Vielfalt vs. Gleichmacherei“ gewarnt und betont, dass Inklusion nicht heiÙe, alle gleich zu behandeln, sondern die jeweiligen Bedürfnisse der Einzelnen zu berücksichtigen.

Durchweg wurde die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Paradigmenwechsels betont: Nur wenn es von der Konzentration auf Defizite zu

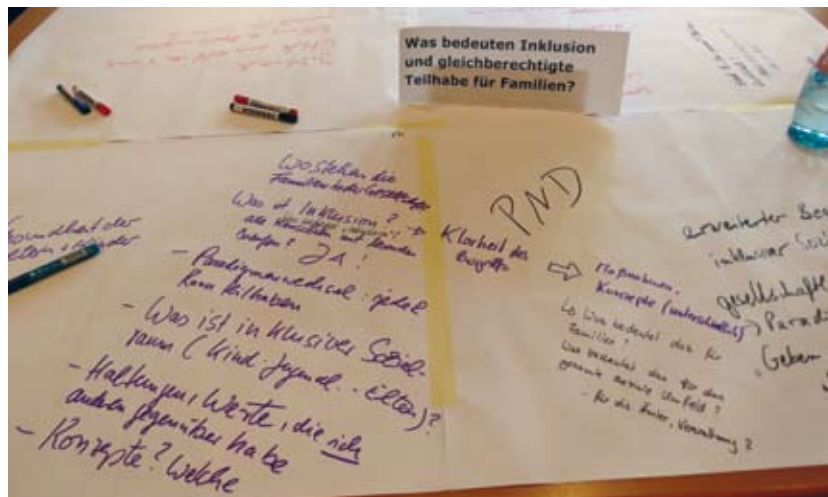
Die Teilnehmer/innen diskutierten in drei Runden verschiedene Fragen zum Themenkomplex „Familie und Inklusion“.

Das Bundesforum Familie wählte das World-Café als Workshop-Methode. Diese Veranstaltungsform eignet sich gut, um unterschiedliche Sichtweisen zu einem Thema zusammen zu führen und innerhalb einer Gruppe Resonanz zu einer Fragestellung zu erzeugen.





Die erste Frage diente der generellen Konzeptklärung sowie der Verknüpfung der beiden Themen Familie und Inklusion: Was bedeuten Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe für Familien?



einem „ressourcenorientierten“ Fokus auf die Stärken der Einzelnen käme und gleichsam Vielfalt („diversity“) als Chance und Bereicherung anstatt als Gefahr gesehen werde, könne Inklusion gelingen. Allgemein seien eine „Humanisierung“ und ein Erstarken der Solidarität und Fürsorge innerhalb der Gesellschaft wichtig. Außerdem sei nicht nur die allgemeine gesellschaftliche Einstellung, sondern auch die positive Haltung jedes Einzelnen gegenüber Vielfalt notwendig.

Auch bezüglich Familie wurde überwiegend ein weiter Familienbegriff vorgeschlagen: Unter Familie sei nicht nur die klassische „Vater-Mutter-Kind“-Konstellation zu verstehen, sondern generell und generationsübergreifend Lebensgemeinschaften, z.B. auch Regenbogenfamilien. Es wurde betont, dass der Wert von Familien und den Beiträgen, die sie für die Gesellschaft leisteten, anerkannt werden müssten. Einerseits seien Familien „Betroffene“, aber andererseits gleichzeitig auch wichtige Akteure, die es einzubeziehen gelte.

Die Themen Familie und Inklusion zusammenführend wurden vielfältige Aspekte benannt. Es wurde betont, dass man Familie als „Ausgangspunkt oder kleinsten Bereich, in dem Inklusion gelebt werden sollte“, verstehen könne, und weitergehend, das, was an Inklusion „bei Familien im Kleinen gelingt“, auch in der Gesellschaft passieren müsse. Familie wurde unter anderem als ein System neben anderen Systemen in der Gesellschaft definiert, die für Inklusion wichtig seien, und es wurde die Frage aufgeworfen, wie man am Besten mit den Schnittstellen der Systeme umgehen solle. Die Anerkennung der Vielfalt von Familien(-formen) wurde auch als eine Form von Inklusion bezeichnet. Zudem wurde vorgeschlagen, den Inklusionsgedanken von „empowerment“ vom Einzelnen auf die Familie zu übertragen, und die ganze Familie anstatt nur Individuen in Ressourcen und Kompetenzen zu stärken.

Ebenfalls thematisiert wurden Teilhabe und Inklusion innerhalb der Familie – es sei wichtig sicherzustellen, dass alle Familienmitglieder zur gleichberechtigten Teilhabe, auch innerhalb des „Systems Familie“, befähigt würden. Sehr viel Zustimmung fand auch die Idee der selbstbestimmten Elternschaft (d.h. der Elternschaft behinderter und chronisch kranker Menschen).

Schließlich wurden verschiedene Strukturen benannt, die für die Inklusion von Familien wichtig und ausbaufähig seien. Familienberatung, Familienbildung und vor allem Familientreffpunkte wurden ebenso benannt wie die Qualifizierung von Fachkräften und eine wohnortnahe Infrastruktur für eine vor allem „bedürfnisorientierte“ Unterstützung und Beratung. Mehrmals erwähnt wurden die Schwierigkeiten, die der vorherrschende „Gesetzesdschungel“ für Familien bedeute. Diese Unklarheit münde oft in Unsicherheit und Überforderung, andererseits könnten aber durch die notwendige Eigenverantwortung die Kompetenzen von Familien auch gestärkt werden. Dass absurde Gesetzeslagen für Familien teilweise belastend seien, wurde in der Forderung deutlich, dass die Entscheidung für inklusive Bildung keine (finanziellen) Nachteile für Familien bedeuten dürfe (z.B. bezüglich der (Nicht-)Übernahme von Transportkosten bei Regelbeschulung von behinderten Kindern). Dass die Finanzierung von Inklusion generell eine Schlüsselfrage ist, wurde auch in anderen hervorgebrachten Punkten deutlich: Es wurde darauf hingewiesen, dass der Mitteltransfer zu beachten sei und es wurde nachdrücklich eine Kindergrundsicherung gefordert.

## 2. Runde: „Welche Barrieren gibt es durch Politik und Gesellschaft für Familien?“

Die zweite Frage, die in neu gemischten Gruppen erörtert wurde, fragte spezifisch nach den Hindernissen für Familien, welche durch Inklusion aufgehoben oder abgemildert werden könnten.

Zum einen wurden vielfach „mentale Barrieren“ als Hindernisse für Inklusion benannt: Vorurteile, Berührungängste und Abgrenzungswünsche, die teilweise aus Unwissenheit und Angst vor Unbekanntem entstünden, seien zentrale Barrieren. Beispielhaft erwähnt wurde hier die Angst von Eltern, dass ihre Kinder ohne Behinderungen durch das gemeinsame Lernen mit Kindern mit Behinderungen in ihrer schulischen Entwicklung zurückgehalten werden könnten. Auch die stark leistungsorientierte Gesellschaft, das

Die Teilnehmenden kamen schnell ins Gespräch und entwickelten auf den mit Papier ausgelegten Tischen ihre Gedanken und Fragestellungen.

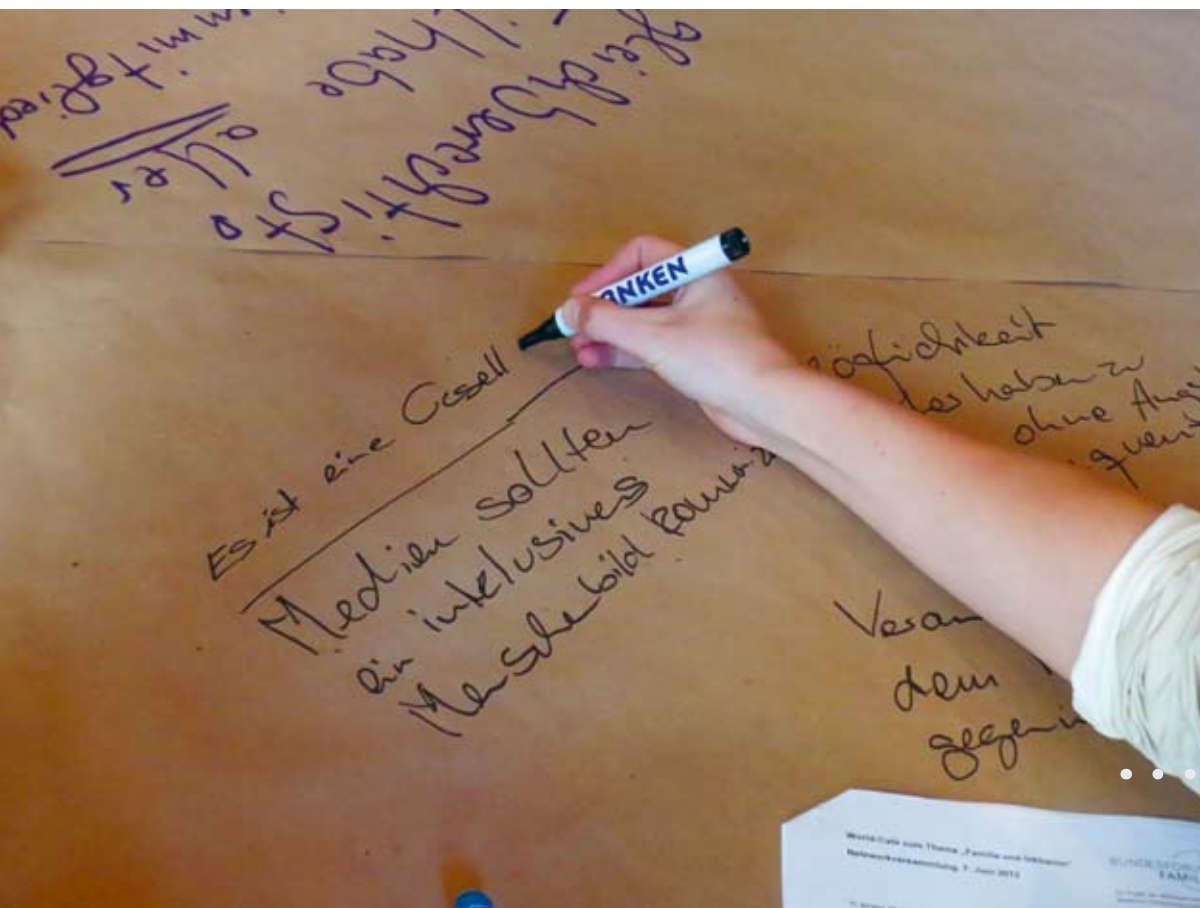


Anspruchsdenken von Firmen sowie eine Fixierung auf die wirtschaftliche „Verwertbarkeit“ von Menschen, vor allem durch Erwerbstätigkeit, stünden im Gegensatz zur Inklusion und machten auch das Familienleben schwierig.

Fehlende Flexibilisierung und Kreativität, sowohl im Denken als auch im Handeln (z.B. bei der beruflichen Eingliederung), seien weitere Inklusionsbarrieren. Auch eine generelle „Familienunfreundlichkeit“, das „Entmündigen“ von Familien und ein fehlendes Anerkennen der Leistungen von Familien innerhalb der Gesellschaft wurden kritisiert.

Andererseits wurden vielfältige strukturelle Barrieren benannt, vor allem innerhalb von Politik und Verwaltung: Wiederholt betont wurde die Zersplitterung/Zergliederung von Zuständigkeiten und somit von Fördermöglichkeiten. Diese teilweise auch dem Föderalismus geschuldeten „Versäulungen“ zu überwinden, die zu einer „Divergenz von Systemlogiken und Lebens- und Familienwirklichkeiten“ führten, war ein zentrales Anliegen vieler Teilnehmer/innen. Mehr Interdisziplinarität und übergreifende Vernetzung wurden als Lösungsansätze vorgeschlagen.

Bemängelt wurden in diesem Kontext außerdem sowohl bürokratische Hürden und fehlendes „Case-Management“ als auch die zu starke Differenzierung von Hilfsbedürftigen in bestimmte Kategorien, unter anderem da der „Grad der Andersartigkeit“ dann teilweise in komplizierten Verfahren überprüft werde, um eine Förderung zu genehmigen. Innerhalb der Strukturen herrsche ebenfalls eine inklusionsfeindliche „Defizitorientierung“ statt einer „Ressourcenorientierung“ vor. Auch die Tatsache, dass Hilfen oft einkommens-, vermögens- bzw. erwerbsfähigkeitsabhängig seien, wurde als strukturelle Barriere benannt. All dies laufe einer effektiven Unterstützung stark entgegen. Hier wurde auch das Vorgehen der politisch Verantwortlichen bezüglich der von Prof. Keupp erwähnten „Großen Lösung“ (d.h. Vereinheitlichung von Zuständigkeiten für Kinder mit Behinderungen in der Kinder- und Jugendhilfe) als „Mogelpackung“ bezeichnet, da der politische



In der zweiten Runde beschäftigten sich die Teilnehmenden mit der Frage: Welche Barrieren gibt es durch Politik und Gesellschaft für Familien?

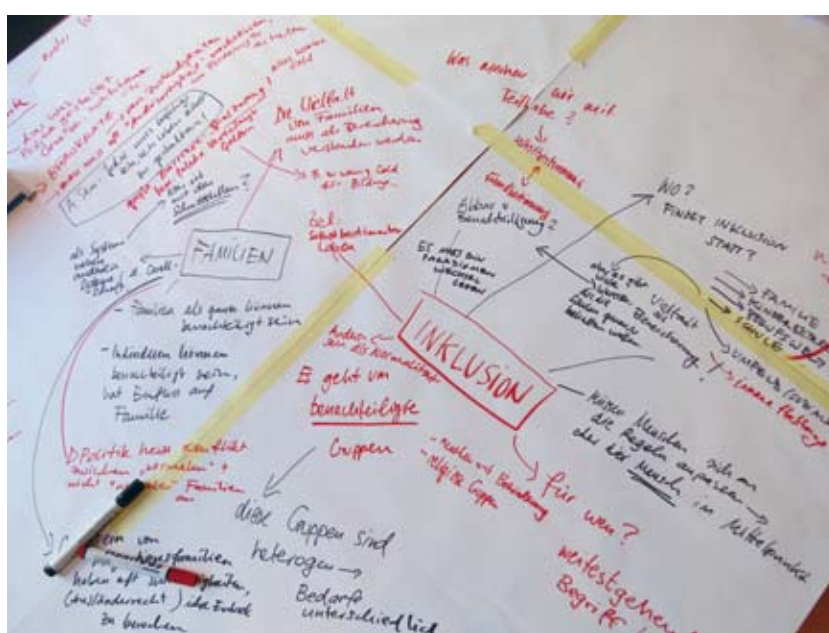




Die Vertreter/innen der verschiedenen Verbände des Bundesforums tauschten sich intensiv in Gesprächen aus. Viele beschrieben „mentale“ Barrieren wie Vorurteile, Berührungängste und starke Defizitorientierungen, die der Inklusion im Wege stehen.

Wille zur „Großen Lösung“ zwar formuliert sei, aber ohne Umsetzungsschritte und Ressourcen ergebnislos bliebe. Generelle Kritik wurde auch am Politikstil in Deutschland geübt: Schubladendenken, lineare Planungsweisen sowie der Mangel an Dialog seien weitere Hindernisse für Inklusion.

Weiterhin wurde die Frage der Übergänge thematisiert: Vor allem im Bildungssystem seien die Übergänge (von der Kindertagesbetreuung zur Grundschule, von der Grundschule zur weiterführenden Schule, von der Schule in die Ausbildung/das Berufsleben, etc.) eine besondere Herausforderung für die Inklusion. Eine vorherrschende Tendenz zur „phasenweisen Inklusion“ habe auch Auswirkungen auf die Arbeitsweise von Inklusion. Auch wurde in diesem Zusammenhang bemerkt, dass es für Kinder mittler-



Vielfältige strukturelle Hindernisse wurden diskutiert: Die Teilnehmer/innen bemängelten u.a. die Zersplitterung von Zuständigkeiten, bürokratische Hürden und fehlendes Case-Management.



weile zunehmend gute Inklusionsansätze und -angebote gebe, es aber ab der Phase der Pubertät schwieriger mit den Angeboten werde.

Als zentrale Barriere wurde schließlich die Frage der Finanzierung identifiziert: „Wenn wir wirklich Inklusion wollen, wird es kosten“ – der aktuelle Sparzwang bzw. die „falsche Verteilung der Gelder“ sei also eines der wichtigsten Hindernisse auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft.



Einige Teilnehmer/innen brachten auch kritische Fragen bezüglich des gesellschaftlichen Willens zu Inklusion auf.

Einige Teilnehmer/innen brachten auch generelle Fragen bezüglich des gesellschaftlichen Willens zu Inklusion auf und vermerkten kritisch: Gibt es überhaupt ein Interesse, den leistungsorientierten Tunnelblick auf „höher-schneller-weiter“ abzuschaffen? Will unsere Gesellschaft überhaupt, dass alle teilhaben? Wo finden Minderheiten Platz, wenn für die Mehrheit entschieden wird?

### 3. Runde: „Welche guten Inklusionsansätze gibt es bereits? Woran muss weiter gearbeitet werden?“

Die letzte Fragerunde zielte auf ganz konkrete Ergebnisse von Inklusion für Familien und fragte gleichzeitig die wichtigsten und dringendsten Handlungsfelder für die Zukunft ab.

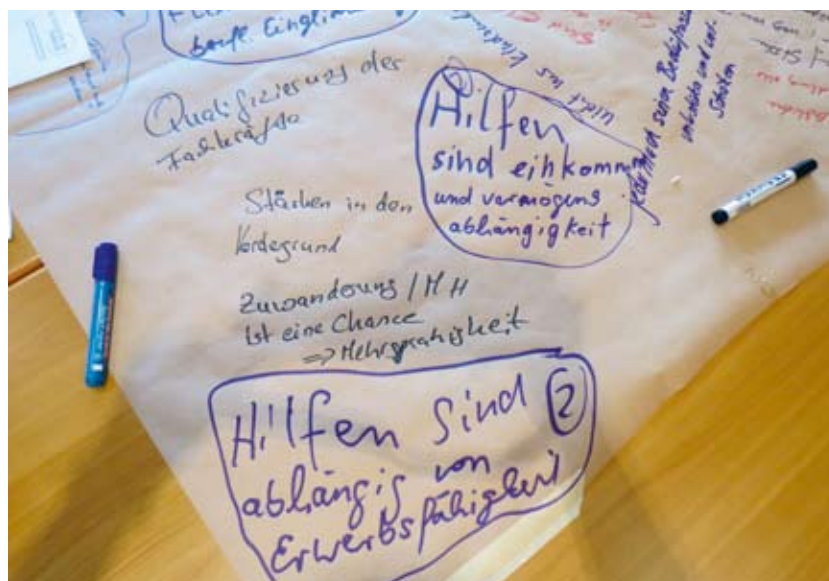
Grundsätzlich positiv angemerkt wurde die erhöhte gesellschaftliche Akzeptanz des Inklusionsgedankens: Der Inklusionsbegriff sei mittlerweile ein gesamtgesellschaftliches Anliegen geworden und die Hemmschwelle bei der „Wahrnehmung“ von Inklusionsangeboten nehme stetig ab. Auch wurde unterstrichen, dass Inklusion ein fortlaufender Prozess sei, bei dem alle Ansätze der Integration zunächst zu begrüßen seien – bei jeder Weiterentwicklung müsse aber Sorge dafür getragen werden, dass zumindest die Mittel im System blieben. Weiterhin biete der technische Fortschritt allgemein gute Möglichkeiten und Hilfsmittel, die die Inklusion vorantreiben könnten.

Verschiedene konkrete gute Ansätze und inklusive Strukturen wurden ebenfalls benannt. Zum einen wurden auf der rechtlichen Ebene jüngste Ansätze der Familienpolitik gelobt, die zunehmend Vielfalt sowie einen offenen Familienbegriff propagierten, gleichwohl seien hier weitere Schritte nötig, unter anderem ein einheitlicher Existenzminimumsbegriff für alle Kinder im Steuerrecht, Sozialrecht und im Unterhaltsrecht. Für ihre konkrete inklusive Arbeit wurden sozialpädiatrische Einrichtungen anerkannt, vor allem da sie als große, interdisziplinäre Ambulanzen mit starken Netzwerken gesamte Fälle ganzheitlich mittels „case management“ betreuten. Auch dem Schulbereich wurde einige gute Inklusionsansätze attestiert: Es gäbe durchaus gute inklusive Schulen, z.B. in Berlin, an denen die Schüler nicht „gelabelt“ würden. Auch sei es grundsätzlich wichtig, von Modellprojekten zu lernen und so Qualitätsstandards abzuleiten, wie es beispielsweise durch den Jakob Muth-Preis für inklusive Schule geschehe. Die Netzwerkbildung in den Kommunen, wie sie beispielsweise im Rahmen der Frühen Hilfen geschehe, wurde als weiterer guter Ansatz beschrieben – wobei hier die fehlende Verpflichtung zur Mitarbeit durchaus hinderlich sein könne.

Auch einige ganz spezifische Praxisbeispiele kamen zur Sprache: Da in Fürth viele türkische Mitbürger/innen in kommunalen Gremien seien, gäbe es dort viele Projekte zur Integration von Migrant/innen. Insofern sei es generell erstrebenswert, die Beteiligung Betroffener fest im System zu verankern. Auch der Inklusionsbeirat Berlin und die Zentren für Selbstbestimmtes Leben wurden als vorbildliche Praxisbeispiele erwähnt.

Neben diesen positiven Beispielen gab es seitens der Teilnehmer/innen noch zahlreiche Ideen und Anregungen, woran weiter gearbeitet werden müsse. Die Politik müsse einerseits deutlich flexibler werden und andererseits verbindliche, gesetzliche Grundlagen mit einem ganzheitlichen Ansatz für Inklusion schaffen. Mehrfach wurde gewünscht, dass es endlich konkret losgehe: Keine weiteren Gutachten, sondern Rahmenbedingungen und konkrete Lösungen für Inklusion müssten entwickelt werden.

Auch wurden wichtige Handlungsfelder im Bereich von Strukturen und Institutionen ausgemacht: Aufbauend auf den o.g. Barrieren in der Verwal-



In der letzten Runde wurden sowohl erste Inklusionserfolge als auch die wichtigsten Handlungsfelder für die Zukunft benannt: Welche guten Inklusionsansätze gibt es bereits? Woran muss weiter gearbeitet werden?



Bei einem „Spaziergang“ im Plenum zum Ende der Veranstaltung wurden die Diskussionsergebnisse vorgestellt.

tung waren die am meisten betonten Forderungen die nach einem nachhaltigen Abbau bürokratischer Hürden und der Überwindung der Kompetenzprobleme in den unterschiedlichen Systemen. Es wurde angemerkt, dass Institutionen für den Erfolg von Inklusion generell mehr Mut zu unkonventionellen Lösungen aufbringen müssten und besser lernen, wie sie „exkludierte“ Betroffene am besten erreichten, also beispielsweise auf der Straße oder dem Spielplatz. Dementsprechend wurde auch für einen Ausbau der „Geh-Strukturen“ anstatt der konventionellen „Komm-Strukturen“ geworben, im Sinne dass Inklusionsangebote eher zu Familien gehen sollten, anstatt nur Angebote zu haben, zu dem Betroffene hinkommen müssten. Insgesamt müssten positive „Anreize“, auch finanzieller Art, für Inklusion geschaffen werden, und zwar für alle Beteiligten.

Ein weiteres Handlungsfeld, das vermehrt genannt wurde, betraf die Veränderung der individuellen und öffentlichen Einstellung zu Inklusion. So müsse Aufklärungsarbeit zum Begriff der Inklusion den dringend notwendigen Paradigmenwechsel weg von der „Mängelbeseitigung“ („fördern“) hin zur „Kompetenzen- und Ressourcenorientierung“ vorantreiben. Eine gesellschaftliche Öffnung hin zu einer Haltung und einem Menschenbild, das alle Individuen ins Zentrum stelle und Vielfalt wertschätze, sei notwendig. Als mögliche Lösung wurde einerseits vorgeschlagen, Gemeinsamkeiten zu finden und Räume für Begegnungen, bereits ab dem frühkindlichen Alter, zu schaffen. Andererseits schlugen verschiedene Teilnehmer/innen vor, diese Haltungsänderung mit Hilfe der Medien voranzubringen, indem medial ein „inklusives, menschlicheres Menschenbild“ gezeichnet werde.

Bezüglich der konkreten Umsetzung von Inklusion wurde vielfach auf die zentrale Wichtigkeit von Partizipation hingewiesen: Um wirklich Teilhabe umzusetzen, müssten Betroffene bzw. Selbsthilfegruppen auf Augenhöhe an allen Entscheidungsprozessen und Planungen beteiligt werden und auch mit Maßnahmen des „empowerment“ befähigt werden, sich zu beteiligen. Die „integrierte Teilhabeplanung“, ein generell dialogischer Ansatz in Politik und

Verwaltung sowie die Einbindung von Betroffenen in allen entscheidenden Gremien (und nicht etwa nur als „beratende Instanz“) seien Wege, diese Partizipation zu erreichen. Die Bedeutung von Netzwerken aller Betroffenen, um mit einer Stimme zu sprechen und sich so Gehör zu verschaffen, wurde auch unterstrichen.

Spezifisch zu (Berufs-)Bildung wurden ebenfalls einige konkrete Ideen gesammelt: So unterstrichen die Teilnehmer/innen die dringliche Aufgabe der Qualifizierung von Fachkräften, vor allem von Lehrer/innen, Erzieher/innen und Sozialpädagog/innen. Hierbei sei der Ausbau von Kooperationskompetenz, der barrierefreien Didaktik sowie der Unterrichtsindividualisierung voranzutreiben. Eine weitere Idee betraf die Weiterentwicklung des Case-Managements, u.a. mit der Einbindung von Fachmultiplikatoren für bestimmte Bedürfnisse. Allgemein sei das selektive Schulsystem in Deutschland inklusionsfeindlich und müsse verändert werden, kleinere Klassen und weniger frühe Selektion seien wichtig. Es sei dringend notwendig, jetzt die Qualität von Inklusion zu verbessern, denn schlechte Qualität in der inklusiven Bildung schade mancherorts dem Ruf von Inklusion und schüre Ängste und Sorgen von Eltern. Für die inklusive Berufsbildung sei es wichtig, Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance hätten, zu verbessern.

Konkret wurde zudem gefordert, Förderzentren zu Kompetenzzentren für Familien auszubauen, eventuell auch unter Einbezug von Familienzentren und Mehrgenerationenhäusern. Außerdem wurde wiederholt auf die Wichtigkeit von Interdisziplinarität bei der Entwicklung von Lösungen hingewiesen, beispielsweise müssten nicht nur Vertreter sozialer Einrichtungen und Lehrer sondern auch Gesundheitsexperten eingebunden werden. Eine weitere Idee war die Lokalen Bündnisse für Familien am Inklusionsthema und der Vielfalt von Familien zu begeistern. Als interner Vorschlag wurde zudem angemerkt, dass das Bundesforum Familie hinsichtlich seiner Mitgliedsverbände auch mehr Inklusion wagen solle.

Die Ergebnisse der Diskussionen bilden die Grundlage für die weitere inhaltliche Arbeit des Bundesforums.





## Mitglieder des Bundesforums Familie

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (AWO) • Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung (AKF) • Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) • Arbeitskreis Neue Erziehung (ANE) • Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen • Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Amt für Familie, Freie und Hansestadt Hamburg • Bertelsmann Stiftung • Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) • Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen (BAGE) • Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten • Bundesarbeitsgemeinschaft Familienbildung und Beratung (AGEF) • Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder in Adoptiv- und Pflegefamilien e.V. (BAG KiAP) • Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter • Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.) • Bundeselternrat (BER) • Bundesfachausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU • Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) • Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN • Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern (bbe) • Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (PFAD) • Bundesverband für Kindertagespflege e.V. • Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen (BETA) • Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung • Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat • CDU/CSU-Bundestagsfraktion • Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. • dbb beamtenbund und tarifunion • Der Paritätische – Gesamtverband • Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) • Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (dgh) • Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) • Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie und Familientherapie (DGSF) • Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft • Deutscher Betriebssportverband e.V. • Deutscher Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend • Deutscher Caritasverband (DCV) • Deutscher Familienverband (DFV) • Deutscher Frauenrat • Deutscher Frauenring e.V. • Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) • Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V. • Deutscher Landkreistag • Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) • Deutscher Städtetag • Deutscher Städte- und Gemeindebund • Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV) • Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR) • Deutscher Wanderverband e.V. • Deutsches Jugendinstitut (DJI) • Deutsches Kinderhilfswerk • Deutsches Rotes Kreuz (DRK) • DHB - Netzwerk Haushalt - Berufsverband der Haushaltsführenden e.V. • Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland • Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (EAF) • Evangelische Hochschule Berlin • Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung (EKFuL) • Familienbund der Katholiken (FDK) • Föderation türkischer Elternvereine in Deutschland e.V. (FÖTED) • Fokolar-Bewegung • Forschungsgruppe Kommunikation und Soziales (fks) • Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) • Gesellschaft für Geburtsvorbereitung - Familienbildung und Frauengesundheit - Bundesverband e.V. (GfG) • Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hauptvorstand – Büro Berlin • Haushalt in Bildung und Forschung e.V. • Hessisches Sozialministerium • HIPPY Deutschland e.V. (Home Instruction for Preschool Youngsters) • Humanistischer Verband Deutschlands, Bundesverband • Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) • Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) • Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung an der Universität Hannover • Institut für Familien- und Sozialforschung, Theologische Hochschule Friedensau • Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis • Integrierte Mediation e.V. • Internationaler Sozialdienst (ISD) • Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland • Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie • Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. • Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung • Katholische Elternschaft Deutschlands (KED) • Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) Bundesverband • Katholischer Siedlungsdienst (KSD) • Kolpingwerk Deutschland • Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V. (LSVD) • Männerarbeit der evangelischen Kirchen in Deutschland • Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz • Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern, Abt. Jugend und Familie • Mütterzentren - Bundesverband e.V. • Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration • Paritätisches Bildungswerk - Bundesverband • Pestalozzi Fröbel Verband (pfv) • Prager-Eltern-Kind-Programm PEKIP e.V. • PRO FAMILIA Bundesverband • Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz • SHIA e.V. Bundesverband • Sichtwechsel e.V. - für gewaltfreie Medien • Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e.V. (SkF) • SPD-Bundestagsfraktion • spiel gut – Arbeitsausschuss Kinderspiel und Spielzeug e.V. • Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) • Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP) • Stiftung Lesen • Systemische Gesellschaft, Deutscher Verband für systemische Forschung, Therapie, Supervision und Beratung e.V. • Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit • ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesverwaltung, Ressort 2 Genderpolitik • Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV) • Verband Bildung und Erziehung e.V. (VBE) • Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. • Verband der Familienarbeit e.V. • Verband deutscher Realschullehrer (VDR) • Verband Katholischer Internate und Tagesinternate (V.K.I.T.) e.V. • Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK) - Bundesverband e.V. • Verein zur Förderung von Beziehungskompetenz • WHO/UNICEF Initiative „Babyfreundliches Krankenhaus“ • Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) • Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (ZMD) • Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) • Zukunftsforum Familie (ZFF)

---

Bundesforum Familie  
Ein Projekt der AGF e.V.

August 2013

Redaktion:  
Dr. Laura Block

Bildnachweise:  
AGF e.V.

Layout & Satz:  
manuka.p.r

Druck:  
dieUmweltDruckerei

---


# BUNDESFORUM FAMILIE

Ein Projekt der Arbeitsgemeinschaft der  
deutschen Familienorganisationen (AGF)

Das Bundesforum Familie  
ist ein Projekt der

**AGF**  Arbeitsgemeinschaft  
der deutschen  
Familienorganisationen e.V.

Das Bundesforum Familie  
wird gefördert vom

 Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Welche Barrieren gibt es  
durch Politik und  
Gesellschaft für Familien?

## Bundesforum Familie

c/o AGF e.V.  
Courbièrestr. 12  
10787 Berlin

Tel.: 030 21962 - 746  
Fax: 030 21962 - 638

info@bundesforum-familie.de

[www.bundesforum-familie.de](http://www.bundesforum-familie.de)